

Bericht

des Gleichbehandlungsausschusses

über den Antrag 836/A(E) der Abgeordneten Dipl.-Kffr. (FH) Elisabeth Pfurtscheller, Mag. Meri Disoski, Kolleginnen und Kollegen betreffend Frauengesundheit: Brustkrebsfrüherkennung während der Corona-Krise

Die Abgeordneten Dipl.-Kffr. (FH) Elisabeth **Pfurtscheller**, Mag. Meri **Disoski**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 23. September 2020 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„In Österreich erkranken jährlich rund 4.600 Frauen an Brustkrebs und etwa 1.500 sterben an den Folgen der Krankheit. Das bundesweite Brustkrebsfrüherkennungsprogramm ‚früh erkennen‘ startete in Österreich im Jänner 2014 und ist eine gemeinsame Initiative von Bund, Sozialversicherung, Ländern und Österreichischer Ärztekammer. Damit wurde ein qualitätsgesichertes Programm eingeführt. Ein solches Screening gilt derzeit als die verlässlichste Methode zur Früherkennung von Brustkrebs.

Es brachte mehr Qualität bei den Mammografie-Untersuchungen und ein bundesweit einheitliches Einladungssystem. Zum ersten Mal gibt es damit in Österreich ein systematisches und standardisiertes Brustkrebs-Früherkennungsprogramm. Eine Erfolgsgeschichte.

Während der Zeit der coronabedingten Ausgangsbeschränkungen im Frühjahr 2020 wurde das Einladungsmanagement für das Brustkrebs-Früherkennungsprogramm vorübergehend ausgesetzt. Das hatte zur Folge, dass nach Angaben von Experten 40% weniger Mammakarzinome neu entdeckt wurden. Ein Teil der Untersuchungen konnte schon aufgeholt werden. Die Zahlen liegen aber weit unter jenen des Vorjahres.

Doch nicht nur die Früherkennung war von den coronabedingten Ausgangsbeschränkungen betroffen. Therapien und Nachbetreuungen wurden ebenso ausgesetzt oder verschoben. Solche Situationen, in welchen die Früherkennung ausgesetzt war, gilt es daher künftig unbedingt zu vermeiden.

Angesichts der derzeit steigenden Covid-19-Zahlen in Österreich und der damit einhergehenden Beschränkungen für die gesamte Gesellschaft, Wirtschaft und zu erwartende neuerliche Belastung der Gesundheitseinrichtungen, muss die Frauengesundheit trotzdem oberste Priorität haben.

Überdies findet jährlich am 1. Oktober der ‚internationale Brustkrebstag‘ statt, der den Brustkrebsmonat in das öffentliche Bewusstsein rückt.“

Der Gleichbehandlungsausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 21. Oktober 2020 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer der Berichterstatterin Abgeordnete Dipl.-Kffr. (FH) Elisabeth **Pfurtscheller** die Abgeordneten Mag. Meri **Disoski**, Rosa **Ecker**, MBA, Yannick **Shetty**, Mag. Verena **Nussbaum**, Kira **Grünberg**, Dr. Ewa **Ernst-Dziedzic**, Heike **Grebien** und Mag. Selma **Yildirim** sowie die Bundesministerin für Frauen und Integration MMag. Dr. Susanne **Raab** und die Ausschussobfrau Abgeordnete Gabriele **Heinisch-Hosek**.

Bei der Abstimmung wurde der gegenständliche Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Kffr. (FH) Elisabeth **Pfurtscheller**, Mag. Meri **Disoski**, Kolleginnen und Kollegen einstimmig beschlossen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Gleichbehandlungsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle die **angeschlossene Entschließung** annehmen.

Wien, 2020 10 21

Dipl.-Kffr. (FH) Elisabeth Pfurtscheller

Berichterstatterin

Gabriele Heinisch-Hosek

Obfrau

